

Zeitschrift: Curaviva : Fachzeitschrift
Herausgeber: Curaviva - Verband Heime und Institutionen Schweiz
Band: 75 (2004)
Heft: 12

Rubrik: Kurzmitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kurzmitteilungen

■ Barbara Steiner

Schweiz Blick nach Schweden

An einer Tagung haben die schwedische Botschaft und das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung das schwedische Modell der Behindertenintegration vorgestellt. Zentral daran ist die persönliche Assistenz. Wer in Schweden wegen einer Behinderung auf Hilfe angewiesen ist, kann mit Geld der öffentlichen Hand persönliche Assistenten oder Assistentinnen anstellen. Dies ermöglicht es einem Grossteil auch der Schwerbehinderten, in den eigenen vier Wänden wohnen zu können. Das Konzept gilt bei den Behindertenorganisationen in der Schweiz als beispielhaft. Ob sich ein ähnliches Modell wie das schwedische auch hier bewähren würde, soll ein Pilotversuch zeigen. Noch hat der Bundesrat die notwendige Verordnung aber nicht verabschiedet. Je nach Ergebnissen des Versuchs wäre die Einführung der Assistenz im Rahmen der sechsten IV-Revision denkbar.

Neue Zürcher Zeitung

Basel Möglichst lange autonom

Altersgerecht wohnen bis zum Tod bedeutet für die meisten Betagten, möglichst lange in der angestammten Umgebung bleiben zu können. Kleinstwohnungen, Wohngemeinschaften oder Heime werden kaum als taugliche Alternative zur eigenen Wohnung angesehen. Dies hat eine Studie des Geographischen Instituts der Universität Basel zu den Wünschen älterer Menschen zur städtischen Umwelt ergeben. Sie basiert auf den Angaben von rund 3300 Rentner-

innen und Rentner in der Nordwestschweiz. Weil sich neben Seniorenverbänden vor allem Pensionskassen der Chemie an der Umfrage beteiligten, sind die Frauen statistisch untervertreten. Weitgehend ausgeklammert ist auch die Perspektive der über 90-Jährigen und der Ausländer. Rund ein Viertel der Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt ist älter als 65. Nur eine Minderheit der Seniorinnen und Senioren lebt in einem Heim.

Basler Zeitung

Bern Infozentrum geplant

Die Kerngruppe, die im Auftrag des Kantons Bern als Pilotprojekt eine Altersstrategie für die Ämter Aarwangen, Wangen und die Region Huttwil erarbeitet, hat erste Resultate präsentiert. Gemäss ihrer Analyse des Ist-Zustandes werden bis 2005 alle 56 Gemeinden über ein Altersleitbild verfügen. Noch lückenhaft sei die Vernetzung der Anbieter, und nirgends seien alle Informationen rund ums Thema Alter abrufbar. Die Kerngruppe hat deshalb bereits eine Altersheimleiter-Konferenz organisiert. In Planung ist ein Info-Zentrum, möglicherweise in Form eines Internetauftritts. In der Wintersession will die Gruppe zusammen mit einem Berner Nationalrat eine Interpellation zum Thema Freiwilligenarbeit einreichen.

Ziel sind steuerliche Anreize für diese Art Tätigkeit. Bis im Jahr 2030 werden im Kanton Bern schätzungsweise 6600 Betten in Alters- und Pflegeheimen fehlen. Weil alleine schon die Infrastruktur dafür zu teuer wäre, werden Lösungen gesucht, wie alte Menschen

länger selbständig daheim leben können.

Berner Rundschau

Bern Bewilligung nötig

Bis Ende 2006 müssen die 160 öffentlichen Alters- und Pflegeheime im Kanton Bern über eine Betriebsbewilligung verfügen. Bislang galt dies nur für die privaten Einrichtungen. Grundlage für die Erteilung der Bewilligung ist eine Selbstbeurteilung der Heime mit Hilfe einer Checkliste. Die Neuerung soll die Wohn- und Betreuungsqualität in den Heimen sichern.

Berner Zeitung

Bern Rettungsaktion

Die Stadtberner Gemeinderätin und Nationalrätin Therese Frösch (sp) plant eine Rettungsaktion für den Behindertentransportdienst Betax. Weil sich seine Kundinnen und Kunden ab nächstem Jahr wegen Subventionskürzungen weniger Fahrten leisten können, müsste er 12 von 30 Stellen streichen. Betroffen wären bis 25 Teilzeit-Angestellte. Frösch will nun mit einem Antrag im Berner Gemeinderat und einer Intervention bei der Kantonsregierung erreichen, dass Stadt und Kanton Bern die Notbremse ziehen und die Finanzierungslücke zumindest im nächsten Jahr schliessen. Dies würde einer noch einzusetzenden Projektgruppe mit Vertretern der Stadt, des Kantons, des Bundesamts für Sozialversicherungen und des Vereins Region Bern Zeit geben, eine längerfristige Lösung zu erarbeiten.

Der Bund

Luzern Keine freie Arztwahl mehr

Ebikon, Emmen, Luzern und Littau prüfen die Einrichtung einer gemeinsamen geriatrischen Praxis für die Versorgung der Altersheimbewohner. Sie reagieren damit auf eine Forderung des Krankenkassenverbands Santé-suisse nach einer Vereinheitlichung der Abrechnungssysteme der Betagtenzentren. Die heutige freie Arztwahl hat laut Emmens Sozialvorsteher Rolf Born zur Folge, dass deren Bewohner von bis zu 40 verschiedenen Ärzten betreut werden. Dies bringe Probleme in der Logistik mit sich. Von einer gemeinsamen Praxis erhoffen sich die Gemeinden eine Verbesserung der medizinischen Versorgung und eine Erleichterung der Arbeit des Pflegepersonals.

Neue Luzerner Zeitung

St. Gallen

Fachhochschule mit Gesundheit

Die FHS Hochschule für Technik, Wirtschaft und Soziale Arbeit St. Gallen beabsichtigt vor dem Hintergrund der neuen Bildungssystematik der Gesundheitsberufe, ab Herbst 2006 auch Fachpersonen für den Gesundheitsbereich auszubilden. Ob der Studiengang Pflege realisiert wird, werden die Regierungen der Trägerskantone St. Gallen, Thurgau, Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden nach weiteren Planungsarbeiten entscheiden. Die Ausbildung mit Bachelor-Abschluss soll modular aufgebaut werden. Als Vollzeitstudium würde sie drei Jahre dauern.

St. Galler Tagblatt

St. Gallen Beschränkte Heimtaxe

Bezügerinnen und Bezüger von Ergänzungsleistungen wird bei einem Aufenthalt in einem Heim ab Anfang 2005 im Kanton St. Gallen eine Tagespauschale von maximal 270 Franken angerechnet. Mit der Massnahme soll verhindert werden, dass überdurchschnittlich teure Heime vom

Staat mitfinanziert werden. Nur zehn Prozent aller Ergänzungsleistungsbürger zahlen eine Tagespauschale von mehr als 250 Franken. Trotzdem wird die Begrenzung zur Folge haben, dass Betroffene Sozialhilfe beanspruchen müssen.

St. Galler Tagblatt

Zürich Mehr Arme in Zürich

Die Zahl der schlechter gestellten AHV/IV-Bezüger, die auf Zusatzleistungen angewiesen sind, ist in der Stadt Zürich im laufenden Jahr um 3,4 Prozent gewachsen. Die Zusatzleistungen setzen sich zusammen aus Ergänzungsleistungen, zusätzlichen Beihilfen und Zuschüssen an Pflegekosten in Heimen. Netto gibt die Stadt Zürich dafür 2004 rund 178,4 Millionen Franken aus. Für 2005 ist ein erneutes Wachstum von 4,2 Prozent budgetiert. Gut ein Drittel der Bezügerinnen und Bezüger von Zusatzleistungen sind IV-Rentnerinnen und -Rentner. Ihre Zahl hat in den letzten sieben Jahren um 50 Prozent zugenommen, während bei den AHV-Rentnern eine leichte Abnahme zu verzeichnen war. Ein wachsender Anteil von Bezügerinnen und Bezüger von Zusatzleistungen lebt in Pflegeheimen. Das zeigt laut Sozialvorsteherin Monika Stocker, dass mit Zusatzleistungen zunehmend die Pflege finanziert werde. Mit dem Verzicht des Bundes, die Pflegekosten voll über das Krankenversicherungsgesetz zu tragen, würden diese künftig noch an Bedeutung gewinnen.

Neue Luzerner Zeitung

Zürich

Winterthur mit Sozialtarifen

Die Stadt Winterthur ordnet die Tarife in den Alters- und Pflegeheimen neu. Künftig wird klar zwischen Hotellerie- und Pflegekosten unterschieden. Ferner soll die Art des Heimes nicht mehr ausschlaggebend sein für die Taxen, sondern nur noch der Pflege-

grad. Weil die Tarife für alle Heimbewohnerinnen und -bewohner angehoben werden, droht vielen von ihnen die Abhängigkeit von der Sozialhilfe. Um dies zu vermeiden, hat der Stadtrat die Bereichsleitung Alter und Pflege ermächtigt, in Härtefällen die Taxen individuell zu senken.

Tages-Anzeiger

Zürich Aufsichtsbeschwerde

Die Gewerkschaft VPOD und der Berufsverband des Pflegepersonals SBK haben beim Bundesamt für Gesundheit eine Aufsichtsbeschwerde gegen die Zürcher Gesundheitsdirektion eingereicht. Unterstützt wird sie vom Komitee «Qualität Gesundheit», dem elf Organisationen, Verbände und Gewerkschaften aus dem Gesundheitswesen angeschlossen sind. Der Abbau von Pflegeleistungen für Grundversicherte im Rahmen der Sparmassnahmen (siehe September-Ausgabe von Curaviva) führe zu einer Zweiklassenmedizin. Dies sei nicht mit dem Krankenversicherungsgesetz vereinbar, argumentieren die Beschwerdeführenden. Sie stützen sich dabei auf ein Gutachten des Zürcher Versicherungsspezialisten und Juristen Ueli Kieser.

Schweizerische Depeschagentur ■

Alzheimer-Preis 2005

Die Alzheimervereinigung Schweiz vergibt 2005 erneut einen Alzheimer-Preis für innovative Leistungen, mit denen die Information, die Pflegequalität und/oder Begleitung der Kranken und ihrer Angehörigen in unserem Land verbessert werden konnten. Der Preis ist mit 10 000 Franken dotiert.

Das Preisreglement ist erhältlich beim Zentralsekretariat der Schweizerischen Alzheimervereinigung
Rue des Pêcheurs 8
1400 Yverdon-les-Bains
Tel. 024 426 20 00, info@alz.ch